

**20. Wahlperiode**

**Antrag**

**der Abgeordneten Olaf Duge, Katharina Fegebank, Farid Müller, Jens Kerstan, Christa Goetsch, Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE) und Fraktion**

**Betr.: ESSO Häuser kaufen, Blockade lösen, St. Pauli mit den St. Paulianer/innen entwickeln!**

Seit mehr als vier Jahren versucht der Bezirk Hamburg-Mitte eine Lösung zuerst für die Sanierung und nun für die Neubebauung der sogenannten ESSO-Häuser zu finden. Nachdem die Vorbesitzer 30 Jahre lang keine adäquaten Instandhaltungsmaßnahmen an den Gebäuden vorgenommen haben, wurden diese zu einem hohen Preis an die Bayerische Hausbau verkauft. Mehrere Gutachten zur Instandsetzung und Modernisierung wurden angefertigt, bis die Gebäude kürzlich unter menschenunwürdigen Umständen wegen Einsturzgefahr geräumt werden mussten.

Der Abriss ist besiegelt. Die alleinregierende SPD-Mitte fordert mit 50% sozialem Wohnungsbau für den Neubau mehr als den üblichen Drittel-Mix. Darüber hinaus sollen die anderen 50% aus genossenschaftlichen Wohnungen bestehen. Die Bayerische Hausbau lehnt 50% sozial geförderten Wohnungsbau mit dem Argument ab, „dies sei wirtschaftlich nicht darstellbar“. Und natürlich kann die Bayerische Hausbau auch keine genossenschaftlichen Wohnungen bauen, weil sie gar keine Genossenschaft ist.

Derzeit blockieren sich beide Parteien gegenseitig und es droht eine riesige Baulücke und Brachfläche inmitten St. Paulis zu entstehen. Hamburg hat jedoch eine Tradition, Lösungen für städtische Konflikte zu finden, die am Ende wirtschaftlich tragfähig und nachhaltig für das gesamte Quartier waren, wie bspw. die Mieter/innengenossenschaften Farmsen, Falkenried, Große Freiheit, Schanzenstraße oder auch die Hafenstraße. So wie der Vorgänger-Senat in dem Sonderfall des Gänge-Viertels eine weise Entscheidung gegen den Zerfall der historischen Bausubstanz getätigt hatte, so muss auch in diesem speziellen Fall bedachter und behutsamer vorgegangen werden.

Die ESSO-Häuser haben bisher einen wichtigen städtebaulichen Mittelpunkt im Quartier gebildet. Sie sind zum Fokus einer Entwicklung geworden, die von Ängsten vor Vertreibung durch Mietsteigerungen geprägt ist. Die Mieter/innen waren in St. Pauli verwurzelt, so wie sie gehört auch die Club-Szene, insbesondere das Molotow, einfach hierher. Sie müssen wieder Teil der zukünftigen Bebauung werden.

Es ist Zeit, dass man eine Lösung findet, die gut für St. Pauli ist und die Blockade löst. Das Vorhaben muss raus aus der Konfrontation. Die ESSO-Häuser sollten gemeinsam mit den St. Paulianer/innen entwickelt werden. Die ehemaligen Bewohner/innen müssen ein Recht auf Rückkehr bekommen.

Die Forderung der SPD-Mitte konsequent zu Ende gedacht bedeutet daher, dass der Senat der Bayerischen Hausbau ein Kaufangebot auf der Grundlage des Kaufvertrags mit der Vorbesitzer-Familie und der bisher entstandenen Kosten macht und somit einen Ausstieg aus

dem Projekt ermöglicht. Baugemeinschaften, Genossenschaften oder auch die SAGA/GWG sollten eine Lösung erarbeiten, die nicht den Schwerpunkt auf Rendite in Euro, sondern in Rendite für das Quartier und die dort lebenden und arbeitenden Menschen legt.

**Dies vorangeschickt möge die Bürgerschaft beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. der Bayerischen Hausbau durch den Landesbetrieb Immobilienmanagement ein Kaufangebot auf der Grundlage des Kaufvertrags mit der Vorbesitzer-Familie und der bisher entstandenen Kosten zu unterbreiten und den Ankauf aus Mitteln des ehemaligen „Grundstocks für Immobilien und Grundstücke“, dessen Mittel anteilig in den Landesbetrieb überführt worden sind, als Zwischenerwerb zu finanzieren,
2. ein Beteiligungsverfahren zu initiieren, in dem die Ideen und Vorschläge zur Gestaltung des ESSO-Areals gemeinsam mit den St. Paulianer/innen erarbeitet werden,
3. mit sozialen Wohnungsbauträgern, der Agentur für Baugemeinschaften, Genossenschaften und gegebenenfalls der SAGA/GWG ein langfristiges und nachhaltiges Finanzierungsmodell für eine Bebauung des sogenannten ESSO-Geländes mit mindestens 50% gefördertem Wohnungsbau mit einer Verlängerungsoption der Förderlaufzeit auf 30 Jahre sowie Baugemeinschaften und Genossenschaftswohnungen zu entwickeln und zu realisieren,
4. der Bürgerschaft bis zum 30.09.2014 und 31.01.2015 zu berichten.